

Ölhafen-Initiative bittet um Hilfe

Gelände an der Neuenlander Straße von Räumung bedroht – weitere Themen auf Beiratssitzung

VON SIGRID SCHUER

Alte Neustadt. Auf der jüngsten Sitzung des Beirates Neustadt/Woltmershausen war auch eine Abordnung der Ölhafen-Initiative zu Gast. Die soll von ihrem jetzigen Standort an der Verlängerung der Neuenlander Straße vertrieben wird. Der neue Eigentümer des Grundstücks hat der Initiative die Räumung zum 1. November dieses Jahres durch die Polizei angedroht. Die Kosten dafür müssten die rund zehn bis 15 Leute tragen, die auf dem Areal wohnen. Der neue Eigentümer poche auf sein freies Grundstück, obwohl der Baubehörde wohl noch kein Bauantrag vorliege, so die Mitglieder. Die Ölhafen-Initiative erläuterte auf der Sitzung ihr Selbstverständnis als soziales Wohn-Projekt, das beispielsweise Konzerte und Skateboard-Workshops veranstaltet. Die Gruppe lässt sich immer dort nieder, wo es ungenutzte Freiflächen gibt. Die werden aber, so ihre Darstellung, immer knapper. Es gebe wenig Auswahl in der Neustadt. „Wir müssen immer öfter umziehen“, so die Klage.

Der Beirat signalisierte, dass er der Problematik seine Aufmerksamkeit schenken und mit einem Schreiben an den Bürgermeister die Lage deeskalieren wolle. Im Gespräch ist nun auch ein runder Tisch. Auch der SPD-Politiker Jens Oppermann wirbt dafür, genauso wie die Polizei, die gern die Räumung des Geländes vermeiden möchte. „Wenn der neue Eigentümer allerdings darauf besteht, dann

sind wir an Recht und Gesetz gebunden“, räumte Ralf Werner als stellvertretender Leiter des Polizeireviers Neustadt ein. Laut Gesetz müsse das Recht auf Eigentum wieder hergestellt werden, wenn es gestört sei. Dazu gebe es auch verschiedene Urteile des Bundesgerichtshofs (BGH). Verständnissvoll reagierte auch Beiratsmitglied Ingo Mose (Grüne) auf den Hilferuf der Ölhafen-Initiative, obwohl er betonte, dass der Beirat in dieser Sache keine Rechte habe. Eine Möglichkeit könne hingegen auch sein, sich über den Senator für Umwelt, Bau und Verkehr zu bemühen, eine Ersatzfläche zu finden.

Sorge um Bäume

Auf der Beiratssitzung brachten die Neustädter Bürgerinnen und Bürger aber auch noch weitere Wünsche und Kritikpunkte vor. So wurde angemerkt, dass junge Bäume teilweise durch angekettete Fahrräder beschädigt worden seien. Es gelte nun die Radfahrer dafür zu sensibilisieren. Und die sogenannten Baumscheiben, die die Bäume umgeben, würden zunehmend zum Abladeplatz von Müll und gelben Säcken. Besonders an der Langemarckstraße/Westerstraße sei so viel Müll abgeladen worden, dass zum Teil die Bäume nicht mehr zu sehen gewesen seien. Ob man dem nicht mit einem Flyer in Form einer roten Karte entgegen wirken könne? Ortsamtsleiterin Annemarie Czichon berichtete von Patenschaften zur Bepflanzung von Baumscheiben,

die von den Anwohnern der Pappelstraße übernommen worden wären. „Der Erhalt der Straßenbäume wird uns noch massiv beschäftigen, da gibt es beispielsweise in der Delmestraße noch viel zu tun“. Ingo Mose räumte ein, dass es seitens des Beirates sehr wohl Bestrebungen gegeben habe, das wilde Parken auf Baumflächen einzudämmen. So seien am Neuen Markt, in Huckelriede sowie in der Kornstraße Poller gesetzt worden, um wildes Parken zu verhindern. Außerdem seien die Flächen rund um die Bäume gestaltet worden, um das Parken einzudämmen.

Und noch eine weitere Anfrage konnte Annemarie Czichon beantworten: Die großen Metallboxen, die überall in der Neustadt aufgestellt worden sind, sollen dem Ausbau des schnellen Internets dienen. Nun müsse es darum gehen, Plätze aufzuspielen, wo sie am wenigsten scheußlich wirken, so Czichon.

Schließlich gab es noch eine Nachfrage zum offenbar stockenden Bauvorhaben der Gewoba in der Schleiermacherstraße, mit dem das Bauunternehmen Kathmann betraut ist. Es könne ja wohl nicht sein, dass dort länger nichts passiert sei. Tipp des Beirates: Die Verkehrsmanagementzentrale müsste Auskunft geben können. Und noch eine Anregung gab es seitens der Bevölkerung: Ob es nicht möglich sei, entlang des Werdersees die Rad- und Fuß-Wege mit Piktogrammen zu kennzeichnen. Die Kosten dafür müssten aus dem Stadtteil-Budget genommen werden.